



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 17.12.2020, 10.30 Uhr

GKKE-Rüstungsexportbericht 2020

Statement von Prälat Dr. Karl Jüsten

Katholischer Vorsitzender der GKKE

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Ihnen liegt der nunmehr 24. Rüstungsexportbericht, der jährlich von der Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) erstellt wird. Sie sehen schon an dieser stattlichen Zahl von Berichten, dass es sich in diesem Politikfeld um das berühmte Bohren dicker Bretter handelt. Ich danke ausdrücklich der Fachgruppe „Rüstungsexporte“, deren Vorsitzende Dr. Simone Wisotzki heute zugeschaltet ist, dass sie uns auf diesem Weg zu kompetent und tatkräftig unterstützen.

Vor genau einem Jahr haben wir uns an dieser Stelle mit den damals noch neuen Politischen Grundsätzen der Bundesregierung zum Rüstungsexport auseinandergesetzt. Wir hatten bei aller Kritik, dass eine substantielle Schärfung der Rüstungsexportkontrolle ausgeblieben und damit das im Koalitionsvertrag gegebene Versprechen nicht eingelöst worden war, einzelne Fortschritte sowie die erklärte Absicht der Bundesregierung gewürdigt, den Weg zu einer restriktiven Rüstungsexportkontrollpolitik fortzusetzen. Ein gewisser Zweifel stand schon damals im Raum.

Mittlerweile konnten wir die Anwendung der Politischen Grundsätze in der Praxis erleben. Das Bild, das sich ergibt, ist ernüchternd und beunruhigend. Es ist von einer wachsenden Kluft zwischen restriktiver politischer Rhetorik und einer alles andere als restriktiven Praxis gekennzeichnet. Mehr noch: Die Bundesregierung hält sich erkennbar nicht durchgehend an ihre eigenen Politischen Grundsätze. Diese Art des Agierens chronifiziert nicht nur eine schädliche Politik, sie fügt auch der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung in Sachen Rüstungsexportkontrolle erheblichen Schaden zu. Wie insbesondere ein Blick auf die Exporte in Drittstaaten zeigt, Dr. Wisotzki wird gleich noch Genaueres dazu sagen, ist es höchste Zeit, den politischen Ankündigungen Taten folgen zu lassen.

Was wir derzeit beobachten, lässt ernsthafte Zweifel am politischen Willen der Bundesregierung aufkommen, eine verantwortliche restriktive Rüstungsexportpolitik zu verfolgen. Lassen Sie mich das am Beispiel des Konfliktes in Libyen verdeutlichen. Zahlreiche Empfängerstaaten deutscher Rüstungsexporte unterstützen die Konfliktparteien mit Waffen, Luftunterstützung, Soldaten und Söldnern, obwohl ein UN-Waffenembargo besteht und die EU-Operation Irini im Mittelmeer versucht, dieses durchzusetzen. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten sind auf Seiten des Militärgenerals Haftar, während die Türkei die rechtmäßig anerkannte Zentralregierung von Ministerpräsidenten al-Sarraj mit Waffen beliefert. Deutschland hat 2019 Kriegs-

waffen und Rüstungsgüter an diese Staaten geliefert. Selbst die unmittelbare Beteiligung von Empfängerstaaten deutscher Rüstungsexporte an Kampfhandlungen und Kriegen führt nicht zum Stopp aller Genehmigungen und Ausfuhren.

Die diversen politischen Zielkonflikte zwischen außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen werden oftmals in einem diffusen Graufeld ausgetragen. Die jetzige Politik ist durch einen beunruhigenden Mangel an Kohärenz und Verlässlichkeit geprägt. Der Preis für diese Politik wird in vielfältigen Menschenrechtsverletzungen in nicht wenigen Drittstaaten gezahlt. Gerade in der aktuellen Krise des Multilateralismus kommt einer am Gemeinwohl orientierten Verlässlichkeit große Bedeutung zu. Die Worte müssen wieder bedeuten, was sie sagen.

Wir, die GKKE fordern daher die Bundesregierung erneut dazu auf, endlich für eine glaubwürdige, kohärente restriktive Rüstungsexportpolitik zu sorgen. Die Erfahrungen dieses Jahres unterstreichen, dass wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz benötigen. Ein Rüstungsexportkontrollgesetz muss entscheidend zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen beitragen und mehr Transparenz gewähren, was und an wen exportiert werden soll. Die Kriterien hierfür sind bereits vorhanden, etwa im Gemeinsamen Standpunkt der EU von 2008. Diese Kriterien müssen im deutschen Recht verbindlich und gerichtlich überprüfbar gemacht werden. Rüstungsexporte an Drittstaaten sollten die absolute Ausnahme sein und gegenüber dem Deutschen Bundestag begründungspflichtig werden. Klein- und Leichtwaffen sowie Munition sollten von Deutschland aus überhaupt nicht mehr an Drittstaaten geliefert werden.

Mit Blick auf die kommende Bundestagswahl sind auch die Parteien aufgefordert, entsprechende Vorschläge zu entwickeln. Wir begrüßen, dass die Bereitschaft zu einem solchen Gesetz wächst. Wir werden uns auch weiterhin an dieser Diskussion beteiligen.
